

Ukraine – Über 12.000 Präventiv-Kriegsdienstverweigerer in der Slowakei

17.02.2015 | 15:35 | (wirtschaftsblatt.at)

Die Entscheidung tausender Slowaken wegen dem Konflikt in der benachbarten Ukraine präventiv den Kriegsdienst zu verweigern spaltet die Öffentlichkeit im Land.

Nachdem Medien berichtet hatten, Behörden wurden im Jänner von über 12.000 Verweigerungsanträgen überflutet, sind im Internet heftige Diskussionen ausgebrochen.

Während ein Teil der Bewohner die Kriegsdienstverweigerer für "Pazifisten" hält, sprechen weitere von "internationaler Schande". Es sei "voll verständlich", dass Menschen nicht für fremde Interessen sterben wollen. "Für wen sollen wir kämpfen, für die USA, die den Bürgerkrieg in der Ukraine hervorgerufen haben?" lautete es in einer der Diskussionen am Dienstag. Die Zahl der Beiträge in manchen Diskussionsforen ist inzwischen auf nahezu 1.000 geklettert.

Die Panik ist in Folge der andauernden Kämpfe in der Ostukraine ausgebrochen. Aktivisten hatten mittels Sozialen Netzwerken zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen und dabei auf Äußerungen des slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico über einen drohenden "großen militärischen Konflikt in Zusammenhang mit der Ukraine-Krise" hingewiesen.

Obwohl die Slowakei eine Berufsarmee hat, gibt es weiterhin auch eine Wehrpflicht. Im Falle einer allgemeinen Mobilisierung im Kriegszustand müssten Männer ab 19 Jahren zum sogenannten außerordentlichen Wehrdienst einrücken. Wer dies aber "aus Gewissensgründen" präventiv ablehnt, müsste auch in diesem Fall nicht mit der Waffe in der Hand an die Front. Die Verweigerer würden nur alternativen Dienst z.B. in Krankenhäusern ausüben. Dem Gesetz nach kann jeder Betroffene immer im Jänner einen Antrag stellen, allerdings nur, solange noch Frieden herrscht.

Das slowakische Verteidigungsministerium hat bereits entschieden abgelehnt, es würde sich um eine Neuheit in Zusammenhang mit der Ukrainekrise handeln. Die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung besteht schon seit 2006, betonte eine Ressortsprecherin. Bis 2014 wurden allerdings nur 54 Anträge registriert. Ob der Ausfall tausender Einsatzfähiger die Verteidigungsfähigkeit des Landes bei Kriegszustand gefährden könnte, wollte sie nicht konkretisieren.